

Sammelantrag 2025: Anlage B1

Ausgleichszahlung für Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen

1. Antragsteller/in

Name, Vorname	Unternehmensnummer
---------------	--------------------

2. Ich/Wir beantrage(n) die Ausgleichszahlung für die Bewirtschaftung landwirtschaftlich genutzter Flächen in NATURA 2000 Gebieten und/oder in weiteren außerhalb der NATURA 2000 Gebietskulisse festgelegten Naturschutzgebieten (Kohärenzgebiete) **Nordrhein-Westfalens für folgende in meinem/unserem Flächenverzeichnis aufgeführte förderfähige Schläge bzw. Teilschläge. Zulässige Codierungen im Flächenverzeichnis sind: 93, 459, 480 und 492.**

Lfd. Nr. Feldblock	Schlagnummer	Teilschlag	Gebiet

3. Erklärungen

3.1. Ich/Wir erkläre(n), dass

- 3.1.1. mir/uns die Richtlinie über die Gewährung der Ausgleichszahlung in der jeweils gültigen Fassung und den dort genannten Rechtsgrundlagen unter anderem zu Sanktionsregelungen bei Abweichungen von den Antragsangaben sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) in der jeweils derzeit gültigen Fassung bekannt sind,
- 3.1.2. ich/wir Landwirtin, Landwirt oder landbewirtschaftende Person im Sinne der Richtlinienbestimmungen bin/sind,
- 3.1.3. ich/wir alle Schläge, die in unterschiedlichen Gebieten liegen bzw. die nur teilweise in einem Gebiet liegen, in entsprechende Teilschläge aufgeteilt habe(n),
- 3.1.4. mir/uns bekannt ist, dass die Ausgleichszahlung nur gewährt wird, wenn die Bagatellgrenze von 95 Euro beziehungsweise 1 Hektar erreicht wird,
- 3.1.5. die von mir/uns in der Tabelle unter Nr. 2 aufgeführten Schläge bzw. Teilschläge jeweils in einem der nachfolgend genannten Gebiete liegen:
Gebiet 5: Kohärenzgebiet (vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) nach fachlichen Kriterien ausgewählte Flächen im Naturschutzgebiet außerhalb von FFH- oder Vogelschutzgebieten)
Gebiet 6: Natura 2000 Gebiet: bestehendes FFH- oder Vogelschutzgebiet,
- 3.1.6. ich/wir für **alle** aufgeführten Schläge bzw. Teilschläge folgende Ver- und Gebote einhalte(n):
- Verzicht auf Auffüllungen, Aufschüttungen oder Abgrabungen
 - Verzicht auf zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen
 - Pflicht zur Rücksichtnahme auf Brutvögel und deren Gelege,
- 3.1.7. ich/wir für die aufgeführten Schläge bzw. Teilschläge gegebenenfalls die ordnungsrechtlich festgesetzten Bewirtschaftungsauflagen wie z. B. Folgende einhalte(n):
- Verbot der Nachsaat
 - Verzicht auf Pflanzenschutzmittel
 - Einschränkung der Frühjahrsbearbeitung (Mindestvorgabe: Verbot Schleppen, Walzen nach dem 15. März im Tiefland beziehungsweise 1. April im Bergland),
 - Beschränkung auf zweimalige Mahd,
- 3.1.8. die von mir/uns aufgeführten Schläge bzw. Teilschläge nicht im öffentlichen Eigentum oder im Eigentum der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege oder im Eigentum von Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts stehen,
- 3.1.9. mir/uns bekannt ist, dass für Flächen, für die ich/wir Verpflichtungen gemäß Ziffer 3.1.5 nicht einhalte(n), keinerlei Prämie gewährt wird und schwerwiegende Verstöße zur Ablehnung des Antrags auf Ausgleichszahlung und zu einem Ausschluss von der Ausgleichszahlung im darauffolgenden Jahr führen,
- 3.1.10. mir/uns bekannt ist, dass die Grundanforderungen gemäß Titel III Kapitel I Abschnitt 2 der Verordnung (EU) Nr. 2021/2115 (Konditionalität) gelten und Verstöße zu Kürzungen führen können,
- 3.1.11. mir/uns bekannt ist, dass ich/wir verpflichtet bin/sind die einschlägigen Mindestanforderungen für die Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln und sonstige einschlägige verpflichtende Anforderungen gemäß nationalem und Unionsrecht einzuhalten,
- 3.1.12. mir/uns bekannt ist, dass auf den beantragten Flächen die ganzjährige Beihilfefähigkeit gemäß § 11 GAP-Direktzahlungen-Verordnung gilt und ich/wir die sonstigen verpflichtenden Anforderungen gemäß nationalem und EU-Recht einhalte(n),
- 3.1.13. ich/wir jede Abweichung vom Antrag, insbesondere jede Nutzungsänderung, jede Änderung in der Größe der bewirtschafteten Flächen und jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten während der Dauer der Verpflichtungen sowie alle Tatsachen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind, unverzüglich mitteile(n),
- 3.1.14. mir/uns bekannt ist, dass alle in diesem Antrag und seinen Anlagen inklusive dieser Erklärung zu tätigen Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV.NRW.73) sind, und bei entsprechender Nichteinhaltung strafrechtlich verfolgt werden,
- 3.1.15. mir/uns bekannt ist, dass ich/wir gemäß § 20 Absatz 3 GAP-Förderverordnung NRW Fläche und Tier verpflichtet bin/sind alle für die Antragstellung und Kontrollen erheblichen Unterlagen nach dem Verpflichtungszeitraum für weitere sechs Jahre aufzubewahren,
- 3.1.16. mir/uns bekannt ist, dass ich/wir verpflichtet bin/sind an der fachlichen Bewertung (Evaluierung) der Zuwendung mitzuwirken und den beauftragten Stellen die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen,
- 3.1.17. mir/uns bekannt ist, dass kein Anspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht, vielmehr die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entscheidet,
- 3.1.18. mir/uns bekannt ist, dass sich die EU mit Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) an der Förderung beteiligt.

3.2. Ich versichere / Wir versichern, dass

- 3.2.1 gegen mich/uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt, noch, dass ich/wir rechtskräftig nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde(n),
- 3.2.2 die Zuwendungen nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und ich/wir keine terroristische Vereinigung bin/sind oder terroristische Vereinigungen unterstütze(n).

Muster / Nicht zur Antragstellung